

Neue Bomber, alte Strategie

Atomare Abrüstung: „Schwer, aber machbar“ und „Protest gegen Atomwaffen“, FR-Meinung vom 6.8. und -Politik vom 30.7.

Aggression durch die Garantiemacht Russland

Andreas Schwarzkopf fordert von den EU-Staaten in seinem Leitartikel zur atomaren Bedrohung eine „schrittweise Abrüstung“. Sie sollten gleichzeitig versuchen, mit „Moskau über vertrauensbildende Maßnahmen zu reden mit dem Ziel, Abrüstung zu ermöglichen“. Das sei „schwer, aber machbar“, die Sicherheit Europas sei nicht gefährdet.

Nun hat genau dies ein europäisches Land tatsächlich gemacht: die Ukraine, die 1993 die drittgrößte Atommacht der Welt war. 1994 verzichtete sie im „Budapester Memorandum“ im Rahmen der KSZE-Konferenz auf alle Atomwaffen. Als Gegenleistung garantierten die USA, Großbritannien und Russland die Souveränität der Ukraine und die bestehenden Grenzen sowie den Verzicht jeglicher militärischer Besetzung. Dazu kamen 1991, 1997 und 2003 weitere Abkommen und Deklarationen, in denen Russland die Grenzen zusicherte. 2001 schickte die Ukraine den letzten Sprengkopf zur Demontage nach Russland.

Was brachte die Appeasement-Politik dem Land? Einmarsch, Annexion der Krim und einen hybriden Krieg im Osten mit 13 000 Toten. Und das ausgerechnet durch die Garantiemacht. Am 15.3.2015 erklärte Putin im russischen Staatsfernsehen, dass er im Konflikt um die Krim kurz davor stand, die Nuklearwaffen seines Landes in Alarmbereitschaft zu versetzen. Er habe so auf eine mögliche westliche Einmischung reagieren wollen. Dieser einzigartige Fall von Selbstentwaffnung stimmt nicht gerade hoffnungsvoll.

Die „Zeit“ schrieb 2014, keine Atommacht sei je von einer anderen angegriffen oder besetzt worden. Länder, die auf dem

Wege zur Bombe seien, würden den Fall Ukraine sehr aufmerksam analysieren, zumal den Wert von Garantien, wenn die einem Schirm gleichen, der im Regen eingeklappt werde.

Helmut Lange, Groß-Gerau

Nukleare Teilhabe entpuppt sich als Gefangenschaft

Dem Kommentar von Andreas Schwarzkopf, in dem 75 Jahre nach den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki die Dringlichkeit atomarer Abrüstung eingefordert wird, ist weitgehend zuzustimmen. Die Sicherheit der Europäer wäre bei einer schrittweisen Abrüstung nicht gefährdet, heißt es in dem Kommentar. Aber warum folgt dann nicht auch die konkrete Forderung an die Bundesregierung, den seit drei Jahren existierenden UN-Atomwaffenvertragsvertrag zu unterzeichnen? Heiko Maas hatte die angesichts des Plans des Verteidigungsministeriums, bei den USA neue Bomberjets für die Atomwaffen in Büchel zu kaufen, von der SPD-Spitze angestoßene Initiative zur Beendigung der nuklearen Teilhabe abgewürgt.

Aber diese Debatte muss weitergehen! Denn die nukleare Teilhabe entpuppt sich bei näherem Hinsehen als nukleare Gefangenschaft. Im Ernstfall müssten potentielle Gegner die Bomben in Büchel vorrangig zerstören. Und diese nukleare Teilhabe ist völkerrechtswidrig, weil Deutschland im Atomwaffen-sperrvertrag zugesichert hat, Atomwaffen auch nicht unmittelbar anzunehmen. Jetzt ist die Annahme mittelbar, im Ernstfall, in dem nach Nato-Lesart der Sperrvertrag nicht mehr gilt, ist sie unmittelbar. Deshalb hatten vor Kurzem rund 130 Mitglieder der Friedensbewegung an die Tornado-Piloten in Büchel appelliert, die Mitwirkung an der nuklearen Teilhabe zu verweigern. Laut Taschenkarte

der Bundeswehr ist deutschen Soldaten der Einsatz von Atomwaffen verboten. Würden also solche Befehle erteilt, wären diese rechtswidrig und dürften nicht befolgt werden.

Martin Singe, Bonn

Der Protest muss lauter werden

Mit Nachdruck ist die FR dafür zu loben, dass über die Greenpeace-Aktion gegen die Anschaffung neuer Atombomber berichtet worden ist. Es ist an der Zeit, die Stimme zu erheben und sich lautstark gegen den Kauf von Kampffjets zu Wort zu melden, die die Tornados ersetzen sollen und die mit den in Büchel lagernden Atombomben bestückt werden können.

Die Befürworter der neuen F-18 Bomber für die Bundeswehr sehen diese atomwaffenfähigen Jets als Garanten für die sog. nukleare Teilhabe an, auf deren Völkerrechts- und Grundgesetzwidrigkeit die Friedensbewegung unentwegt hinweist.

Auch die SPD-Partei- und Fraktionsführung äußert Kritik an den Plänen der Verteidigungsministerin und stellt die Nuklearstrategie in Frage; sie hält aber an der Zustimmung der SPD-Minister*innen im Bundeskabinett fest – vgl. „Bundesregierung hält an nuklearer Teilhabe fest“ (bundestag.de/presse/hib/707514-707514) und lässt auch die Äußerung des verteidigungspolitischen Sprechers der Fraktion, nukleare Teilhabe sichere Mitsprache, völlig unkommentiert. Ob und wann die SPD endlich zu klaren und eindeutigen Positionen findet, bleibt ungewiss.

Der Protest – auch auf der Straße – muss daher meines Erachtens gestärkt, der Druck auf die politisch Verantwortlichen erhöht werden!

Armin Lauen, Bonn

Diskussion: frblog.de/nuklear